

BEIM RATS-BÜRGERENTSCHEID AM 2. DEZEMBER 2018



4. Erstaunlicherweise liegen mittlerweile zwei neue Gutachten vor, nach denen plötzlich die Kosten für eine Sanierung etwa auf einer Höhe mit denen eines Neubaus liegen. Das liegt unter anderem auch daran, dass der Investor, der das Rathaus neu bauen und dann an die Stadt verkaufen will, unbedingt das alte Rathausgrundstück kaufen möchte und dafür nun vier Millionen Euro bietet. Dort sollen Eigentumswohnungen entstehen.

Diese Verknüpfung, die der Investor zur Bedingung macht, erschwert einen sachgerechten Vergleich. Vor allem gibt es einen ganz gravierenden Unterschied: Die Kosten für die Sanierung sind genau berechnet und geprüft. Da alles bis auf das Betongerippe abgerissen wird, gibt es auch keinerlei Risiken für Kostensteigerungen mehr. Bei dem Neubau liegt bislang nur eine vorläufige Kostenschätzung vor, die vor allen Dingen die unter 6. genannten Risiken nicht berücksichtigen kann.

5. Es gibt bei einer Sanierung keine Ungewissheiten und mögliche Stolpersteine wie bei einem Neubau, für den ein Bebauungsplan aufgestellt werden muss, was auch zeitliche Auswirkungen hat. Es können Risiken bei den Erdarbeiten (Denkmalpflege, schwierige Situation hinsichtlich im Erdreich verlegter Leitungen) auftreten und es ist unklar, ob in dem abzuschließenden Vertrag alle aus Verzug und Kostenstei-

gerungen entstehenden Risiken auf den Investor abzuwälzen sind.

6. Es müssen keine neuen Stellplätze nachgewiesen werden.

Nach wie vor drängt sich der Eindruck auf, dass die Variante Neubau „schöngerechnet“ wird, was als verdeckte Einflussnahme auf eine faire Entscheidung zu werten ist. Auch fehlen bei einem Neubau die erforderlichen Stellplätze und die jetzt vorhandenen Plätze vor dem Rathaus würden wahrscheinlich wegfallen.

Sicherlich hat die Option einer Bebauung des Allianz-Parkplatzes samt Umgebung städtebaulichen Reiz. Das könnte auch endlich das Problem der Zufahrt (die ja durch die Fußgängerzone führt) lösen, wofür sich schon eine Mehrheit im Stadtrat ausgesprochen

hat. Doch dieses Problem kann auch unabhängig von einem Rathausneubau gelöst werden.

Ein Investor, der ein Rathaus auf dem Allianz-Parkplatz und Wohnungen auf dem bisherigen Rathausstandort bauen will, weil er das wirtschaftlich attraktiv findet, baut sicherlich auch statt des Rathauses Wohnungen auf dem Allianzparkplatz. Ein brachliegendes Grundstück wäre ein Verlust.

Jegliche Verquickung und Verbindung der beiden Vorhaben führt neben einer zeitlichen Verzögerung auch zu einer geringeren Transparenz. Mehrkosten werden dann mit städtebaulichen Vorteilen begründet, was aber unzutreffend ist. Die Möglichkeiten einer Bebauung des Areals um den Allianz-Parkplatz sollten isoliert betrachtet und bewertet werden. Wir treten gerne mit jedem interessierten Investor in einen Dialog. Auf jeden Fall kann die Stadt auch in diesem Fall entscheidend beeinflussen, was gebaut werden wird, indem sie beispielsweise eine Veränderungssperre erlässt und einen den zukünftigen Erfordernissen entsprechenden Bebauungsplan erlässt.

Für die SPD-Fraktion spricht deshalb nach wie vor die Mehrheit der Argumente für eine Sanierung des Siegburger Rathauses am bisherigen Standort.

So können Sie Ihre Stimme beim Ratsbürgerentscheid abgeben:

Direktwahl im Rathaus bis zum 30. November 2018: Montag - Freitag von 8:00 - 18:00 Uhr & Samstag von 10:00 - 13:00 Uhr

Briefwahl: Unterlagen zur Briefwahl können direkt im Wahlbüro (kleiner Sitzungssaal) im Rathaus zu den o.g. Öffnungszeiten abgeholt oder online auf der Homepage der Stadt Siegburg (www.siegburg.de) beantragt werden.

Am **Wahltag** (2. Dezember 2018): Im Wahlbüro Ihres Wahlbezirks (wird mit der Wahlbenachrichtigung mitgeteilt).

AUSGABE SIEGBURG

klartext

ZEITUNG DER SPD IM RHEIN-SIEG-KREIS

Nov. 2018



RATHAUS SANIEREN STATT TEUER NEU BAUEN

Die Siegburger Bürger entscheiden - SPD setzt Ratsbürgerentscheid am 2. Dezember durch

>>> Schon im Januar 2018 hat die SPD-Fraktion beantragt, dass bei der Entscheidung über die Zukunft des Siegburger Rathauses die Bürger das letzte Wort haben sollen und ein Ratsbürgerentscheid durchgeführt werden soll. Das Rathaus ist für die Bürger da und deshalb sollen auch die Bürger entscheiden. Dem SPD-Antrag haben sich mittlerweile fast alle anderen Fraktionen angeschlossen, so dass Sie jetzt mit Ihrer Stimme den weiteren Weg festlegen.

Nachdem die verschiedenen Alternativen (Neubau oder Sanierung) mit Zahlen unterlegt und auch nochmals einer Überprüfung unterzogen und an die aktuellen Kostensteigerungen im Baugewerbe angepasst sind, bekräftigt die SPD-Fraktion ihre Entscheidung für eine Sanierung des Rathauses am bisherigen Standort und empfiehlt, die Frage im Ratsbürgerentscheid mit „Ja“ zu beantworten.

Der mit der Untersuchung beauftragte Architekt Klaus H. Petersen hat schon frühzeitig die Vorzüge des bestehenden Rathauses, das nach seiner Auffassung großzügig geplant ist und viele Vorteile aufweist, dargestellt. Mittlerweile ist auch nachgewiesen, dass die aus heutiger Sicht benötigten Flächen einschließlich einer ausreichenden Reserve vorhanden sind.

Für eine Sanierung, die technisch ohne weiteres möglich ist und deren Umsetzungsmöglichkeiten detailliert nachgewiesen sind, wie der Architekt betont, sprechen viele Gründe:

1. Das vertraute, stadtbildprägende Gebäude bleibt in modernisierter und ansprechender Form erhalten.

2. Da bei einer Sanierung annähernd die gleichen energetischen Werte wie bei einem Neubau erreicht werden können, ist die Sanierung wegen des deutlich

geringeren Ressourcenverbrauchs ökologisch sinnvoller. Auch werden die Anlieger weniger belastet als bei einem kompletten Abriss und Neubau.

3. Die zu berücksichtigenden Kosten wären gegenüber der Alternative eines Neubaus auf dem Allianz-Parkplatz zunächst deutlich geringer. Dies ist auch nachvollziehbar, da der entkernte Rohbau, der bis zu 25% der Kosten ausmacht, erhalten bleiben würde und nicht neu gebaut werden müsste.

Weiter auf Seite 4

INHALT DIESER AUSGABE

SPD Rhein-Sieg wählt und schärft Profil Seite 2

Schwarz-Grün im Kreis steht beim Wohnungsbau auf der Bremse Seite 3



www.spd-siegburg.de
www.spd-rhein-sieg.de

Herausgeber: SPD-Kreisverband Rhein-Sieg | Günter Freitag (V.i.S.d.P.) |
Frankfurter Str. 47 | 53840 Troisdorf | Seite 1 und 4 : SPD-Ortsverein
Siegburg | Stefan Rosemann (V.i.S.d.P.)



„HEIMAT“ NICHT DEN RECHTEN ÜBERLASSEN

Der Begriff Heimat erlebt eine erstaunliche Renaissance. Häufig wird der Begriff von der politischen Rechten jedoch instrumentalisiert und ausgrenzend gebraucht. Ob es auch einen sozialdemokratischen Heimatbegriff gibt, fragten die Jusos Rhein-Sieg und die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) bei einem gemeinsamen Themenabend. Schnell einig war man sich darin, den Begriff Heimat nicht einfach den Rechten zu überlassen, sondern ihn positiv und progressiv zu besetzen. „Bedroht wird Heimat nicht durch Vielfalt, sondern durch das Schließen von Jugendzentren, Bürgerhäusern und Dorfkneipen, oder auch durch steigende Mieten, die Menschen aus ihrem Umfeld verdrängen“, so der Juso-Vorsitzende Mario Dahm. Wilfried Hanft (SGK) sah die Aufgabe der Kommunen darin, entsprechende Angebote zu schaffen, die Begegnung und Austausch ermöglichen. Für Sara Zorlu, SPD-Fraktionsvorsitzende in Eitorf, ist die Kommunalpolitik der Ort, an dem Heimat durch politisches Handeln hergestellt werden muss.

NRWSPD LEGT KONZEPT FÜR BEZAHLBARE MIETEN VOR

Um explodierenden Mieten und der Wohnungsnot etwas entgegenzusetzen, stellte der neue Landesvorsitzende der SPD, Sebastian Hartmann, ein Konzept vor. Mittels einer neuen Wohnungsbaugesellschaft des Landes sollen neue, bezahlbare Wohnungen entstehen. Sie arbeitet dabei ohne zusätzliche Haushaltsmittel und großen Verwaltungsapparat, indem die Kommunen Grundstücke als Eigenkapital einbringen, auf denen gebaut wird. Da die Landesgesellschaft keine Gewinne erzielen muss, kann sie überall im Land Wohnraum mit günstigen Mietpreisen bereitstellen. Außerdem will die SPD Mietsteigerungen gesetzlich stark begrenzen.

„ROT PUR“ - SPD RHEIN-SIEG FÜR HÖHERE RENTEN UND MINDESTLOHN

>>> Die inhaltliche Debatte und die Wahl eines neuen Kreisvorstands standen im Mittelpunkt des Kreisparteitages der SPD im Rhein-Sieg-Kreis. Schon zuvor hatte die SPD in drei thematischen Veranstaltungen Ideen für die Themen Rente, Arbeit, Europa und Verteilungsgerechtigkeit gesammelt und diese in Anträgen auf dem Parteitag zur Diskussion gestellt. Mit diesen Positionierungen will die Rhein-Sieg-SPD auch auf Landes- und Bundesebene wirken und aktiv an einer Profilschärfung der SPD als linker Volkspartei mitwirken.

So fordern die Sozialdemokraten u.a. steigende Renten und eine neue „Garantierente“ von mindestens 1000 Euro, damit ein gutes Leben im Alter überall im Land möglich ist. Gute Arbeit muss auch gut bezahlt werden. Deshalb setzt sich die SPD Rhein-Sieg für die Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro ein. Auch das ist ein Mittel, um Altersarmut zu bekämpfen. Die sachgrundlose Befristung will die Kreispartei verbieten, um mehr Sicherheit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schaffen. Um Investitionen in Bildung, Infrastruktur und sozialen Zusammenhalt sowie einen starken solidarischen Sozialstaat zu finanzieren, sprachen sich die

Delegierten für die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und einen höheren Spitzensteuersatz für Top-Verdiener aus. So könnten gleichzeitig auch Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen entlastet werden.

Auf Antrag der Jusos schloss sich die SPD der Forderung nach einem „Ticket für alle“ für 365 Euro im Jahr und einen Euro am Tag im gesamten Verkehrsverbund an. Ein solches Ticket könnte perspektivisch Mobilität für alle Menschen sicherstellen sowie Luftverschmutzung und Dauerstau effektiv bekämpfen.

Mit 96% Zustimmung wählte der Parteitag den Bundestagsabgeordneten Sebastian Hartmann aus Bornheim erneut zum Kreisvorsitzenden. Seine Stellvertreter sind Achim Tüttenberg (Troisdorf) und Sara Zorlu (Eitorf). KassiererIn ist weiterhin Nicole Sander, Bürgermeisterin von Neunkirchen-Seelscheid. Die Schriftführung übernimmt Gisela Becker aus Lohmar. Den neuen Kreisvorstand komplettieren Mario Dahm (Hennef), Tobias Leuning (Swisttal), Cornelia Mazur-Flör (Königswinter), Katja Ruiters (Much), Frank Sauerzweig (Siegburg) und Denis Waldästl (Sankt Augustin).



Der neue Kreisvorstand der SPD Rhein-Sieg

SCHWARZ-GRÜN STEHT BEIM WOHNUNGSBAU AUF DER BREMSE

>>> Bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen zu schaffen, ist die zentrale soziale Aufgabe des Jahrzehnts. Im Rhein-Sieg-Kreis fehlen bis zu 30.000 Wohnungen. Das liegt nicht nur am Zuzug, sondern z.B. auch daran, dass durchschnittlich immer weniger Personen in einem Haushalt zusammenleben. Wird der Wohnraum knapp, steigen die Preise. Das lässt sich auch im Rhein-Sieg-Kreis beobachten. Gerade in den Ballungsgebieten gibt es kaum noch bezahlbare Wohnungen. Die Folge ist ein Verdrängungsmechanismus.

Menschen mit kleinen Einkommen werden aus ihrem Umfeld verdrängt. Die SPD-Kreistagsfraktion arbeitet seit Jahren an diesem wichtigen Thema, scheitert mit Vorschlägen aber immer

„Investieren statt spekulieren.“

wieder an der schwarz-grünen Kreistagsmehrheit, die allenfalls halbherzig agiert. Zuletzt lehnten CDU und Grüne den Vorschlag der SPD ab, die Aktien-

anteile des Kreises am RWE-Konzern zu veräußern und die erzielte Summe in den Bau von Wohnungen mit bezahlbaren Mieten im öffentlichen Eigentum zu investieren. „Wir sind erstaunt, dass die Grünen im Hambacher Forst gegen das RWE demonstrieren, im Rhein-Sieg-Kreis aber gemeinsam mit der CDU eisern daran festhalten, Aktionär des Kohlekonzerns zu bleiben, statt kreiseigene Wohnungen zu bauen“, bedauert der Fraktionsvorsitzende der SPD, Dietmar Tendler, die Haltung der Kreistagsmehrheit.



SOZIALER ARBEITSMARKT ALS CHANCE FÜR DIE REGION

SPD-Kreistagsfraktion hatte zur Diskussion geladen

>>> „Langzeitarbeitslose brauchen eine realistische Chance auf eine Arbeit, die sie leisten können“ - mit diesen Worten begrüßte Dietmar Tendler, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion, interessierte Gäste zu einer Podiumsdiskussion zum sozialen Arbeitsmarkt. Auf Betreiben der SPD werden 150.000 neue, staatlich unterstützte Jobs geschaffen, um Langzeitarbeitslosen eine Perspektive zu bieten, die sonst kaum Fuß fassen könnten. Professor Dr. Stefan Sell von der Hochschule Koblenz stellte die Funktionsweise dieses Arbeitsmarktes vor. Zunächst werde ein Lohnkostenzuschuss gezahlt, der nach und nach reduziert wird. Der Geschäftsführer des DGB in Bonn/Rhein-Sieg, Jörg Mährle, sah in dem vorliegenden Gesetzentwurf von Bundesarbeitsminister Heil

(SPD) ebenfalls eine Chance und beschrieb das aktuelle System als würdelos. Kreishandwerksmeister Thomas Radermacher betonte, dass man nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen dürfe und verhindern müsse, dass ganze Generationen langzeitarbeitslos blieben.

Hinsichtlich der Aufgabenfelder auf dem sozialen Arbeitsmarkt betonte Ralf Holtkötter vom JobCenter Rhein-Sieg, dass es keinen Mangel an geeigneten Tätigkeiten etwa in sozialen Einrichtungen oder Kommunen gebe. Unterstützung von Menschen mit körperlichen Einschränkungen, die Pflege von öffentlichen Flächen oder einfache Verwaltungstätigkeiten zur Unterstützung von Fachkräften kämen in Frage.

DENIS WALDÄSTL ZUM VIZE-LANDRAT GEWÄHLT

Der Kreistag wählte den 31-jährigen Sozialdemokraten Denis Waldästl aus Sankt Augustin zum stellvertretenden Landrat des Rhein-Sieg-Kreises. Waldästl folgt damit auf Sebastian Hartmann, der das Amt nach seiner Wahl zum Landesvorsitzenden der SPD in NRW niedergelegt hatte. Er gehört dem Kreistag seit 2014 an und sitzt ebenfalls im Stadtrat von Sankt Augustin.

SPD-FRAKTION KRITISIERT PROJEKT „LEAD CITY“

Als Mogelpackung bewerten die SPD-Verkehrspolitiker die Maßnahmen im Rahmen des ÖPNV-Modellprojekts in Bonn und dem Kreisgebiet. Allen Angebotsverbesserungen droht mangels langfristiger Finanzierung schon nach 1,5 Jahren wieder das Aus. Vom einstigen „kostenlosen Nahverkehr“ ist nur noch eine Umstiegsprämie für Bonner Neukunden mit dem großspürigen Namen „Klimaticket“ übrig geblieben.